

## **Die internationale Dimension des Spanischen Bürgerkrieges: Intervention und Nichtintervention**

von WALTER L. BERNECKER, Nürnberg

Selbst mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Spanischen Bürgerkrieg sind in der Geschichtsschreibung nach wie vor der Anteil des Auslandes an seiner Vorbereitung, am Verlauf und an seiner Beendigung sowie der Zeitpunkt, die Zielsetzung und der Umfang der ausländischen Interventionen umstritten. Weitgehende Einigkeit besteht in der wissenschaftlichen Diskussion lediglich darüber, daß der Krieg in seinem Ursprung im wesentlichen ein innerspanischer Konflikt war, dessen Dauer, Verlauf und Ausgang jedoch maßgeblich durch die Internationalisierung des Krieges bestimmt wurden.

In der Historiographie ist die Tatsache unbestritten, daß unter den in den Spanischen Bürgerkrieg intervenierenden ausländischen Mächten das nationalsozialistische Deutschland eine herausragende Rolle spielte. Schon lange vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers haben auch "westliche" Historiker den kriegsentscheidenden Charakter der deutschen (und italienischen) Intervention anerkannt, auf den kommunistische Historiker schon früh - wenn auch auf einer schmalen Basis - hingewiesen hatten.<sup>1</sup> Hitler selbst hatte in seinen "Tischgesprächen" geäußert, Franco solle den "Junkers 52", die die Luftbrücke von Spanisch-Marokko über die Meerenge von Gibraltar nach Festlandspanien gebildet hatten, ein Denkmal errichten, da die "spanische Revolution" diesem Flugzeugtyp ihren Sieg zu verdanken habe.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Wolfgang Schieder, Spanischer Bürgerkrieg, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine Vergleichende Enzyklopädie, Band VI, Freiburg 1972, Sp. 74-94.

<sup>2</sup> H. R. Trevor-Roper (Hg.), Hitler's Secret Conversations 1941-1944. With an Introductory Essay on the Mind of Adolf Hitler, New York 1953, S. 558. Vgl. auch Henry Piker, Hitlers Tischgespräche im Führer-Hauptquartier. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe mit bisher unbekanntem Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war, 3. Aufl. Stuttgart 1976, S. 429.

Jahrzehntelang gehörten die Fragen der deutschen Mitwisserschaft an der Planung und Auslösung des Bürgerkrieges sowie vor allem der Gründe und Ziele des deutschen Engagements zu den zwischen "Ost" und "West" kontrovers diskutierten Problemen. Kommunistische Darstellungen behaupteten immer wieder, deutsche Stellen hätten an der Vorbereitung des Offiziersaufstandes in Spanien mitgewirkt;<sup>3</sup> damit erhielt Spanien bereits vor dem Sommer 1936 einen klar definierten Stellenwert im Expansionsprogramm Hitlers. Bei Horst Kühne etwa heißt es, daß hinter den Putschisten auch die herrschenden Kreise Deutschlands und Italiens standen, die wesentlich dazu beigetragen hätten, die Meuterei zu inspirieren und vorzubereiten. Die gesamte Vorgeschichte des Franco-Putsches deute darauf hin, daß sich die konterrevolutionäre Generalsclique gar nicht zum offenen Losschlagen entschlossen hätte, wenn sie nicht von Berlin und Rom dazu ermuntert worden wäre.<sup>4</sup> Marion Einhorn spricht davon, daß im Frühsommer 1936 führende Vertreter der spanischen Verschwörer sich in Geheimverhandlungen nochmals der Unterstützung der deutschen Faschisten versichert hätten. Es gebe zwar über den Inhalt der Verhandlungen keine Dokumente, doch die Evidenz berechtige zu der Schlußfolgerung, daß die Putschpläne mit Vertretern der Nazipartei besprochen und die weitere Unterstützung der Umsturzvorbereitungen zugesagt worden seien.

Die Theorie, derzufolge die spanische Republik einer faschistischen Verschwörung zum Opfer fiel, deren innerspanische Agenten Franco und Mola waren, ist von der nicht-kommunistischen Forschung zwar stets zurückgewiesen worden; es dauerte allerdings lange, bis auch "östliche" Historiker die faschistische Verschwörungstheorie fallen ließen. Natürlich gab es schon lange vor dem Bürgerkrieg intensive Kontakte zwischen spanischen und deutschen Stellen, denen vor allem Angel Viñas nachgegangen ist.<sup>5</sup> Seine Arbeit läßt deutlich werden, daß es zwischen 1931 und 1936 vielfältige (offizielle und verdeckte) deutsch-spanische Kontakte

---

<sup>3</sup> Vgl. (exemplarisch) Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität. Dokumente und Bilder zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936-1939, Berlin (Ost) 1956; Marion Einhorn, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939, Berlin (Ost) 1956.

<sup>4</sup> Horst Kühne, Revolutionäre Militärpolitik 1936-1939. Militärpolitische Aspekte des national-revolutionären Krieges in Spanien, Berlin (Ost) 1969; ders., Krieg in Spanien 1936-1939, Berlin (Ost) 1986.

<sup>5</sup> Angel Viñas, La Alemania nazi y el 18 de julio, Madrid 1977.

gab, daß aber weder eine offizielle Unterstützung spanischer faschistischer Gruppen durch das Deutsche Reich nachgewiesen werden kann noch den Berlinbesuchen spanischer Politiker irgend eine weiterreichende Bedeutung im Hinblick auf den geplanten Putsch beizumessen ist. Die Auslandskontakte der Verschwörer haben nicht dazu beigetragen, daß das Reich den Aufständischen später Hilfe gewährte. Nachdem Manfred Merkes bereits in den sechziger Jahren<sup>6</sup> und später Hans-Henning Abendroth<sup>7</sup> die These von der deutschen Anstiftung des Spanischen Bürgerkrieges widerlegt hatten, bestätigten die Untersuchungen von Viñas diesen Befund.

Was nun die Gründe und Ziele des deutschen Eingreifens betrifft, so ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die Veränderlichkeit der Kriegsziele zu berücksichtigen ist, die in der historischen Reihenfolge ihrer Entstehung wie in der Rangfolge ihrer Bedeutung für die nationalsozialistische Außenpolitik gesehen werden müssen.<sup>8</sup> Durchgängig nachweisbar ist in der deutschen Spanienpolitik die antikommunistische Argumentation. Von Anfang an charakterisierten die Nationalsozialisten den Krieg in Spanien - historisch falsch - als Auseinandersetzung zwischen "Faschisten" und "Marxisten". Die dichotomische Betrachtungsweise wurde von der Goebbelsschen Propagandamaschinerie während des Bürgerkrieges und darüber hinaus nach außen hin beibehalten; sie ordnete die spanischen Ereignisse in den global angelegten Gegensatz zwischen "faschistisch" und "bolschewistisch" ein. Diese Aussage gilt allerdings nur für die veröffentlichten Stellungnahmen und die amtliche Propaganda des Deutschen Reiches, lassen die internen Berichte und Auseinandersetzungen doch eine viel weniger ideologisierte Perspektive deutlich werden: Neben die Propaganda trat sehr bald eine auf den eigenen (militärstrategischen, wirtschaftlichen, bündnispolitischen) Vorteil ausgerichtete Politik.<sup>9</sup>

Den NS-Machthabern war im Sommer 1936 sicher bekannt, daß von Spanien keine ernsthafte kommunistische Bedrohung ausging, daß

---

<sup>6</sup> Manfred Merkes, Die deutsche Politik im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Bonn 1969.

<sup>7</sup> Hans-Henning Abendroth, Hitler in der spanischen Arena, Paderborn 1973.

<sup>8</sup> Wolfgang Schieder / Christof Dipper (Hg.), Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939). 13 Aufsätze, München 1976.

<sup>9</sup> Zum Hitlerschen Antikommunismus vgl. Robert H. Whealey, Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936-1939, Lexington 1989, S. 26-43.

außerdem das ursprüngliche sowjetische Interesse an Spanien nicht offensiver Art war. Die antikommunistische Komponente in Hitlers Argumentation dürfte wohl auch weniger auf die unmittelbare Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme für den Fall eines Regierungssieges in Spanien abgezielt haben als vielmehr Ausdruck einer strategischen Überlegung gewesen sein, die in den größeren Zusammenhang seines außenpolitischen Kalküls gehörte. In der 'Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans', die Hitler im Sommer 1936 anfertigte, bezeichnete er die "Notwendigkeit der Abwehr der bolschewistischen Gefahr" als die wichtigste Erwägung deutscher Politik. Alle Entscheidungen waren dieser Grundvorstellung untergeordnet. Eine Bemerkung Hitlers, die er dem ersten deutschen Geschäftsträger bei Franco, General a.D. Wilhelm Faupel, gegenüber im November 1936 vor dessen Abreise nach Salamanca machte, kann die Rolle Spaniens in Hitlers Globalkonzept umreißen helfen: Faupel solle sich in Spanien nicht in innere Angelegenheiten des Landes einmischen; das politische System, das aus dem Krieg hervorgehe (sei es eine Militärdiktatur, ein autoritärer Staat oder eine Monarchie), sei ihm, Hitler, egal; "er habe ausschließlich das Ziel, daß nach Beendigung des Krieges die spanische Außenpolitik weder von Paris oder London noch von Moskau beeinflußt würde und daher in der bestimmt zu erwartenden endgültigen Auseinandersetzung über die Neuordnung Europas Spanien sich nicht im Lager der Feinde, sondern möglichst der Freunde Deutschlands befinde"<sup>10</sup>.

Auch wenn im Sommer 1936 in Spanien keine akute Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme bestand, war die Vorstellung eines wie auch immer orientierten "linken" Regimes auf der Iberischen Halbinsel für Hitler ein mächtiger, von ideologischen Überzeugungen verstärkter geostrategischer Grund zum Eingreifen in Spanien. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die mögliche Auswirkung des Krieges auf Frankreich. Unter dem Druck der gemeinsamen Bedrohung durch den Nationalsozialismus hatten Frankreich und die Sowjetunion eine politische Annäherung vollzogen und im Mai 1935 einen Beistandspakt geschlossen; seit Frühjahr 1936 war außerdem eine Volksfrontregierung unter Léon Blum im westlichen Nachbarland an der Macht. Blum war am 20. Juli 1936 bereit, einem spanisch-republikanischen Hilfsersuchen nach Waffenlieferungen zu

---

<sup>10</sup> Zit. nach Abendroth, Hitler, S. 36; vgl. auch Viñas, Alemania, S. 363.

entsprechen. Er wandte sich jedoch sehr schnell von seinem ursprünglichen Entschluß ab, als er die ablehnende Haltung Englands und die starke innerfranzösische Opposition zu spüren bekam. Wie schon bei der Frage der Rheinlandbesetzung, war auch diesmal Frankreich durch starke innenpolitische Spannungen in seiner Bewegungsfähigkeit eingeschränkt, was zu weitgehender Preisgabe einer eigenen außenpolitischen Linie und zu starker Anlehnung an die englische Haltung führte. Diese außenpolitische Schwäche Frankreichs, die Unfähigkeit zu einer eigenen Initiative nach außen und im Innern der Zugewinn der Kommunisten durch die Volksfronttaktik mögen deutsche Befürchtungen eines Überspringens des spanischen Funkens auf Frankreich bestärkt haben. Für den Fall eines französischen "Umkippens" aber tauchte erneut die Möglichkeit einer "Einkreisung" Deutschlands durch feindliche Staaten am politischen Horizont der Nationalsozialisten auf. Im Sommer und Herbst 1936 betonten nationalsozialistische Stellen immer wieder, Deutschland verfolge in Spanien "das negative Ziel, die Iberische Halbinsel nicht unter bolschewistische Herrschaft verbunden mit Ansteckungsgefahr im übrigen Westeuropa gelangen zu lassen"<sup>11</sup>.

Bei nahezu ausschließlicher Betonung "geoideologischer" Überlegungen als Primärmotivation Hitlers hat Denis Smyth festgestellt, daß für die deutsche Haltung im Juli 1936 die strategische Bedeutung eines potentiellen Blocks demokratisch-linker Mächte entscheidend war.<sup>12</sup> So richtig dieses Ergebnis für die Interpretation von Hitlers Entscheidung vom 25. Juli 1936 ist, so skeptisch muß andererseits die viel weiterreichende Meinung Smyths betrachtet werden, derzufolge "der Hauptgrund, der den Führer dazu bewog, Franco anfänglich zu helfen, auch weiterhin für den Rest des Bürgerkriegs Deutschlands Beziehungen und die Nazi-Politik gegenüber dem nationalistischen Spanien bestimmte"<sup>13</sup>. Im Gegensatz zu dieser allzu ausschließlichen und statischen Sicht deutscher Ziele in Spanien muß auf weitere Motivationen der nationalsozialistischen Politik hingewiesen werden, die erst Ausmaß und Dauer des deutschen Eingreifens verständlich machen.

---

<sup>11</sup> Konstantin von Neurath an Ulrich von Hassell, Berlin 5.12.1936, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. III, S. 132.

<sup>12</sup> Denis Smyth, Reflex reaction: Germany and the onset of the Spanish Civil War, in: Paul Preston (Hg.), Revolution and War in Spain 1931-1939, London 1984, S. 256.

<sup>13</sup> Ebd., S. 245.

Als in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli 1936 in Bayreuth im Anschluß an Hitlers Gespräch mit Langenheim und Bernhardt, die ihm Francos Bitte um Lieferung von Transportflugzeugen überbrachten, die grundsätzliche Entscheidung zur Unterstützung des spanischen Generals fiel, waren in den Entscheidungsfindungsprozeß (außer Hitler) die ebenfalls in Bayreuth anwesenden Luftfahrtminister Göring und Kriegsminister von Blomberg verwickelt.

Vor dem Internationalen Nürnberger Militärgerichtshof hat Göring nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesagt, er habe Hitler lebhaft gedrängt, Franco zu unterstützen, "einmal, um der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten, zum zweiten aber, um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit in diesem oder jenem technischen Punkt zu erproben. Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde."<sup>14</sup> Auf diese Aussage gestützt, ist in der Literatur immer wieder behauptet worden, das militärische Motiv habe beim Entschluß zum Eingreifen eine bedeutende Rolle gespielt. Bereits am Tag nach der Bayreuther Besprechung, am 26. Juli 1936, wurde unter der Leitung Görings der *Sonderstab W* als Koordinationsinstanz eingerichtet, die vom Reichsluftfahrtministerium aus die deutsche Intervention in Spanien organisieren, durchführen und kontrollieren sollte.

In der Historiographie wurde die Interpretation des Spanischen Bürgerkrieges als "militärisches Experimentierfeld" (Göring) der deutschen Truppen und "Generalprobe" für den Zweiten Weltkrieg oft wiederholt. Trotzdem handelt es sich bei dieser Begründung um eine "post hoc ergo propter hoc"-Argumentation. Zum ersten ist nämlich darauf zu verweisen, daß die ursprüngliche Bitte Francos, die dem deutschen Entschluß zum Eingreifen zugrunde lag, sich lediglich auf Transportflugzeuge bezog. Der Transport der Afrika-Armee zum Festland mit Flugzeugen älteren Typs aber war kaum dazu geeignet, die "junge deutsche Luftwaffe" zu erproben. Sodann verdient festgehalten zu werden, daß die Jagdflugzeuge, die den

---

<sup>14</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Bd. 9, Nürnberg 1948, S. 317.

Schutz der Transportmaschinen übernahmen, den Kampf unbedingt meiden und nur im Falle eines "feindlichen Angriffs auf die Transportmaschinen" kriegerische Handlungen vornehmen sollten.<sup>15</sup> Schließlich kann an eine größere technische Erprobung der Luftwaffe schon deshalb nicht gedacht worden sein, da man in Deutschland zwar den Ernst der Lage Francos kannte, mit deutscher Unterstützung den Aufstand aber binnen kurzer Zeit zum erfolgreichen Ende zu bringen gedachte.

Spielten somit - worauf die neuere Forschung bereits wiederholt hingewiesen hat - waffentechnische Überlegungen bei der Entscheidung zum Eingreifen als Primärmotiv keine ausschlaggebende Rolle, so war andererseits die Chance zur Erprobung der neuen Waffen "in scharfem Schuß" zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem deutsche Truppen in unmittelbarem Kampfeinsatz standen, mit Sicherheit ein wichtiges Sekundärmotiv. Darauf deutet auch die weiter oben zitierte Äußerung Hitlers hin. Die "technische Erprobung" neuen Kriegsgerätes sollte vor allem Görings Luftwaffe vornehmen.

Unabhängig von der Bedeutung waffentechnischer Überlegungen bei Hitlers Entschluß zum Eingreifen in Spanien muß darauf hingewiesen werden, daß die nationalsozialistische Intervention eine entscheidende Bedingung für den schließlichen Sieg Francos war. Zwischen Ende Juli und Mitte Oktober 1936 transportierten deutsche Flugzeuge (JU 52, He 51) 13.500 Soldaten der Afrika-Armee und über 270 Tonnen Material von Nordafrika auf die Iberische Halbinsel. Ende Oktober beschloß Berlin, das ursprüngliche "Unternehmen Feuerzauber" auszudehnen und (unter dem Codenamen "Operation Rügen") eine Lufteinheit, die später "Legion Condor" genannt wurde, in die Kämpfe eingreifen zu lassen. Die Legion verfügte über ca. 140 ständig im Einsatz befindliche Flugzeuge (insgesamt entsandte das Deutsche Reich 600-700 Flugzeuge nach Spanien) und über etwas mehr als 5.000 Mann; die Soldaten lösten sich in mehrmonatigen Abständen ab, so daß während des Krieges insgesamt rund 19.000 deutsche "Freiwillige" auf Francos Seite kämpften. Im Verlauf des Krieges warfen deutsche Flugzeuge eine Bombenlast von 21 Millionen Tonnen ab. Der erste Kommandeur der Legion war General Hugo Sperrle; auf ihn folgten Hellmuth Volkmann und Wolfgang von Richthofen.

---

<sup>15</sup> Werner Beumelburg, Kampf um Spanien. Die Geschichte der Legion Condor, Berlin 1939, S. 26; Abendroth, Hitler, S. 37, 41.

Von Anfang 1937 an bis Ende des Krieges war die Legion Condor an allen größeren Kämpfen beteiligt (Bilbao, Brunete, Asturien, Teruel, Aragonien-Offensive, Ebro-Schlacht, Eroberung Kataloniens). Sie lieferte Franco über 110.000 Tonnen Kriegsgeräte.<sup>16</sup>

Die Anwesenheit Görings am 25. Juli 1936 in Bayreuth war nicht nur im Hinblick auf das "militärische Motiv" des deutschen Eingreifens von Bedeutung. Göring war zugleich der Beauftragte für den Vierjahresplan. Damit rückt ein weiterer, nämlich der ökonomische Motivkomplex ins Zentrum der Betrachtung, der vor allem von der DDR-Geschichtsschreibung betont worden ist.<sup>17</sup> Auf diesem Teilgebiet der Motivationsanalyse ist bis heute die Spannweite der Forschungsmeinungen am größten. In der Geschichtsschreibung wird lediglich übereinstimmend die Erweiterung der Rohstoffbasis als ein wesentlicher Grund für die Aufrechterhaltung der Intervention in Spanien über drei Jahre hinweg genannt.

Während des Bürgerkrieges wurden die deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen größtenteils über das Kompensationssystem der beiden Gesellschaften HISMA (*Compañía Hispano-Marroquí de Transportes Ltda.*) und ROWAK (*Rohstoff- und Wareneinkaufsgesellschaft m.b.H.*) abgewickelt. Der ursprüngliche Zweck der bereits im Juli 1936 gegründeten Hisma bestand in der Tarnung des Truppentransports mit deutschen Flugzeugen von Afrika nach Spanien; das ganze Unternehmen sollte einen privatwirtschaftlichen Charakter haben. Sehr bald übernahm die Hisma jedoch, dank der anfänglich guten Beziehungen ihres Leiters Johannes Bernhardt zu Franco, ein viel weitergestecktes Aufgabenfeld und organisierte auf spanischer Seite den deutsch-spanischen Warenaustausch. Im Oktober

---

<sup>16</sup> Aus NS-Sicht berichtet über die Legion Condor Werner Beumelburg, *Die Geschichte der Legion Condor*, Berlin 1939. Vgl. weitere NS-Literatur bei Günther Schmigalle, *Deutsche schreiben für Hitler und Franco. 40 bio-bibliographische Portraits*, in: Ders. (Hg.), *Der Spanische Bürgerkrieg. Literatur und Geschichte*, Frankfurt a.M. 1986, S. 197-243. Mit dem militärischen Einsatz der Legion Condor haben sich nur verhältnismäßig wenige Studien beschäftigt. Hierzu Ramón Hidalgo Salazar, *La ayuda alemana a España 1936-1939*, Madrid 1975; Ramón Garriga, *La Legión Condor*, Madrid 1975; Peter Elstob, *La Legión Condor, España 1936-1939*, Madrid 1973; Raymond L. Proctor, *Hitler's Luftwaffe in the Spanish Civil War*, Westport 1983; zusammenfassend Whealey, *Hitler*, S. 101-128.

<sup>17</sup> Vgl. etwa Marion Einhorn, *Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939*, Berlin 1976; Horst Kühne, *Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936-1939)*, in: Schieder/Dipper, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 129-146.

1936 wurde sodann auf Anordnung Görings als deutsches Gegenstück zur Hisma die Rowak gegründet, die als "Aufnahme-Organisation" die spanischen Lieferungen kaufmännisch zu organisieren hatte. In Zusammenarbeit mit der Hisma sollte sie u.a. dafür sorgen, aus dem nationalen Spanien größtmögliche Mengen Rohstoffe und lebenswichtige Nahrungsmittel für Deutschland zu sichern. Sehr bald unterband Göring alle privaten Verrechnungsgeschäfte, so daß Hisma /Rowak ein Handelsmonopol ausübten; alle zwischen Deutschland und der Franco-Zone durchgeführten Ein- und Ausfuhrgeschäfte mußten über die Verrechnungskonten des Monopolsystems abgewickelt werden. Das Einzigartige an diesem System bestand darin, daß Hisma/Rowak die Interessen des Deutschen Reiches vertraten und den deutsch-spanischen Handel, unter Ausschaltung spanischer Behörden, im Sinne dieser Interessen gestalten konnten. Spanische Gegenmaßnahmen (etwa die Verweigerung der nötigen Exportgenehmigungen) konnten nie sehr weit getrieben werden, da Hisma ja auch die deutschen Kriegsmateriallieferungen, auf die Franco angewiesen war, kontrollierte.

Im Verlauf des Jahres 1937 erwarb die Hisma in Spanien Rechte auf Eisen-, Kupfer-, Blei-, Wolfram-, Zinn-, Zink-, Kobalt/Nickel- und andere Minen; bis Oktober 1937 hatte sie 73 Minenrechte erworben, 1938 stieg ihre Zahl auf 135. Über die Frage der Höhe der deutschen Kapitalbeteiligungen an diesen Minenrechten kam es 1937/38 zu erheblichen Friktionen zwischen deutschen und spanischen Stellen; erst als nach der Münchner Konferenz Hitler eine immer dominierendere Rolle in der europäischen Politik einzunehmen begann, kam Franco den deutschen Vorstellungen schnell entgegen und genehmigte deutsche Mehrheitskapitalbeteiligungen an "spanischen" Bergwerksgesellschaften. Der Erwerb spanischer Bergwerksrechte stellte den wohl bedeutendsten "wehrwirtschaftlichen" Aspekt deutscher Wirtschaftsziele in Spanien dar.<sup>18</sup>

Die harten Geschäftspraktiken der Deutschen führten im weiteren Kriegsverlauf zu zahlreichen Reibereien und Auseinandersetzungen zwischen

---

<sup>18</sup> Auswärtiges Amt an Botschaft in Salamanca, 16.10.1937, in: ADAP, Serie C, Bd. III, S. 391. Zum ökonomischen Motiv vgl. auch Denis Smyth, *The Moor and the Money-Lender: Politics and Profits in Anglo-German Relations with Francoist Spain, 1936-1940*, in: Marie-Luise Recker (Hg.), *Von der Konkurrenz zur Rivalität. Das britisch-deutsche Verhältnis in den Ländern der europäischen Peripherie 1919-1939*, Stuttgart 1986, S. 143-174 sowie Whealey, *Hitler*, S. 72-94.

deutschen und spanischen Stellen. Die spanische Seite forderte wiederholt eine Beendigung der Monopolstellung von Rowak/Hisma und den Abschluß eines Zahlungsabkommens, gab aber den deutschen Vorstellungen - d.h. vor allem dem Konzept Görings und dessen Unterordnung aller anderen Überlegungen unter die Ziele des Vierjahresplans - immer wieder nach. Rowak/Hisma, deren viele Einkaufs- und Produktionsgesellschaften seit 1938 in der Holding SOFINDUS (*Sociedad Financiera Industrial Limitada*) zusammengefaßt waren, gelang es, die im nationalspanischen Gebiet vorhandenen Rohstoffe vorwiegend nach Deutschland zu leiten; befriedigt konnte das Auswärtige Amt im Oktober 1937 von der "auf wirtschaftlichem Gebiet in Spanien gewonnenen Vormachtstellung" sprechen. Die spanische Gegenleistung für die deutsche Militärhilfe erfolgte im wesentlichen in Form von Rohstoffen und Lebensmitteln. Hisma/Rowak sicherten die Lieferung von Eisenerzen, Schwefelkies- und Kupfererzvorkommen, Blei und Ölen, Fellen und Häuten, Wolle und landwirtschaftlichen Produkten. Der Austausch von Kriegs- und anderem Material gegen Rohstoffe und Nahrungsmittel auf der Basis eines Kompensationsgeschäftes kam zwar dem Devisenmangel der aufständischen Militärs entgegen, führte andererseits jedoch zu einer deutlichen Verzerrung des spanischen Außenhandels. Über kurz oder lang mußte das Interesse der franquistischen Seite darin bestehen, einen größeren Teil der spanischen Rohstoffe in Länder exportieren zu können, von denen sie Devisen erhielt; diese finanzwirtschaftliche Überlegung erklärt den nationalspanischen Wunsch, möglichst baldige und umfangreiche Handelsbeziehungen mit England herzustellen.

Marxistischen Historikern zufolge, die von der Theorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" ausgehen, nach welcher der Staatsapparat des Dritten Reiches den Monopolen der Großindustrie untergeordnet war, erfolgte die deutsche Intervention in Spanien - entsprechend der Faschismusformel der Komintern vom Dezember 1933 - "im Auftrag der reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals". Die Intervention in Spanien habe "im speziellen Interesse des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Deutschland" gelegen, die "maßgeblichen Repräsentanten der Finanzoligarchie" hätten die

gesamte Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches "diktiert".<sup>19</sup> Nichtkommunistische Historiker haben derartige Deutungen stets abgelehnt und auf den "Primat der Politik" verwiesen, da Hisma und Rowak gerade als Organe eines staatlich-politischen, von der Industrie abhängigen Wirtschaftsdirigismus fungierten. Die Debatte über die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen des Deutschen Reiches hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen; bis zur Auflösung der DDR war es allerdings zu keiner Annäherung zwischen ost- und westdeutschen Historikern gekommen.

Von Bedeutung war der Bürgerkrieg auch für die Entwicklung der deutsch-italienischen Beziehungen und die Bildung der Achse Berlin-Rom. Unumstritten ist in der Forschung, daß Deutschland und Italien sich unabhängig voneinander, im Abstand von wenigen Tagen (am 25. bzw. 28. Juli 1936), zur Intervention in Spanien entschlossen haben. Allerdings ist es im italienischen Fall schwieriger als im deutschen, die Interventionsziele der faschistischen Regierung klar auszumachen. Mussolini, Ciano und andere hohe faschistische Politiker äußerten sich ganz unterschiedlich über mögliche Zielvorstellungen: Es war die Rede von der Hoffnung auf ein neutrales Spanien mit proitalienischer Tendenz (im Falle eines Konflikts mit den Westmächten) bis hin zu einem italienischen 'mare nostrum', das sich auf ein Bündnis mit Spanien stützte und möglicherweise sogar über Luft- und Marinebasen auf den Balearen und über Zugang vom Atlantik verfügte. Coverdale weist auf die Offenheit der Situation und Mussolinis Interesse hin, sie um jedes möglichen Vorteils willen auszunutzen.<sup>20</sup> Daß in den gemeinsamen deutsch-italienischen Formulierungen übereinstimmend der ideologische Nenner des Antibolschewismus als Interventionsgrund hervorgehoben wurde, hing damit zusammen, daß die (zweifelloso vorhandenen) machtpolitischen Implikationen der italienischen Intervention

---

<sup>19</sup> Horst Kühne, Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936-1939), in: Zeitschrift für Militärgeschichte 8 (1969) S. 173-187. Ähnlich Einhorn, Ökonomische Hintergründe, die zu dem Ergebnis kommt, daß "die entscheidenden Kreise des deutschen Monopolkapitals die Richtung der Politik der Hitlerregierung gegenüber Franco-Spanien bestimmten, und wie sie den ihnen völlig untergeordneten Staatsapparat zur Durchsetzung ihrer Ziele ausnutzten" (S. 121).

<sup>20</sup> John F. Coverdale: Italian Intervention in the Spanish Civil War. Princeton 1976, S. 77; zu den Interventionszielen vgl. auch Robert H. Whealey: Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936-1939, Lexington 1989, S. 1-43.

ausgeblendet und das deutsche Desinteresse an möglichen territorialen Zielen in Spanien oder den spanischen Kolonialgebieten Nordafrikas unterstellt wurden.<sup>21</sup>

Obwohl die deutsche Intervention in Spanien am meisten Polemiken hervorgerufen hat, waren es die Italiener, die sich insgesamt viel mehr engagierten und eine weitaus größere Anzahl an Personen (und an Material) nach Spanien sandten als jede andere Macht. Zeitgenössische italienische Politiker gingen sogar so weit, den Bürgerkrieg als ihren eigenen Krieg zu betrachten; für Ciano war es vor allem ein "ideologischer Krieg", und von einer Niederlage der republikanischen Seite hing unmittelbar das Prestige des italienischen Faschismus ab.<sup>22</sup> Die Italiener sandten daher zeitweise (vor allem in der ersten Phase, als sie noch mit einem schnellen Sieg rechneten) auch weniger reguläre Truppen als vielmehr faschistische Milizionäre nach Spanien, die durch herausragende militärische Leistungen die Aktionsfähigkeit des faschistischen Regimes demonstrieren sollten. (Von den 50.000 Italienern etwa, die sich im Februar 1937 auf spanischem Boden befanden, waren "nur" 20.000 Armee-Angehörige und 30.000 faschistische "Schwarzhemden".) Damit war das faschistische Italien von Anfang an weit mehr als das Dritte Reich in den Spanischen Bürgerkrieg verstrickt, deshalb auch stärker als umgekehrt auf den Achsenpartner angewiesen und in seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit eingeschränkt.

Die italienische Unterstützung begann mit dem Verkauf von 12 Savoia-S81-Bombern an die Aufständischen. Aus dieser ersten Hilfslieferung wurden im Verlauf des Krieges u.a. fast 1.000 Flugzeuge, 2.000 Kanonen, 1.000 Gefechtswagen, 3.400 Maschinengewehre, 10.000 automatische Waffen, eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Schiffen und U-Booten sowie rund 80.000 (mehr oder minder freiwillig) Kämpfende (davon 6.000 Luftwaffenangehörige, 45.000 reguläre Soldaten, 30.000 faschistische 'Schwarzhemden').

Die italienische Hilfe war im diplomatischen wie im militärischen Bereich von entscheidender Bedeutung für den franquistischen Sieg. Ohne die

---

<sup>21</sup> Hierzu Wolfgang Altgeld, *Der Spanische Bürgerkrieg und die Entwicklung der Achse Berlin-Rom*, in: Günther Schmigalle (Hg.): *Der Spanische Bürgerkrieg. Literatur und Geschichte*. Frankfurt am Main 1986, S. 55-79; ausführlich Robert H. Whealey: *Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936-1939*, Lexington 1989, S. 26-43.

<sup>22</sup> Galeazzo Ciano: *Tagebücher 1937/38*. Hamburg 1949.

diplomatische Unterstützung der Rebellen durch Italien und Deutschland hätte Frankreich der Republik wahrscheinlich ausreichende Unterstützung zur Niederwerfung des Aufstands zukommen lassen. Die militärische Unterstützung durch Italien dürfte mindestens ebensowohl wie die deutsche zum Sieg Francos beigetragen haben; die eigentliche Bedeutung lag bei der Luftwaffe, während die Infanterie, trotz ihrer Stärke, für Francos Sieg keinen bedeutsamen Faktor darstellte. (Im deutschen wie im italienischen Fall blieb übrigens die Rolle der Ausländer bei der taktischen Planung einzelner Operationen oder der strategischen Kriegsführung irrelevant. Auf diesem Gebiet war der italienisch-deutsche Einfluß weit weniger direkt und bemerkbar als der sowjetische auf der republikanischen Seite.)

Renzo De Felice und John F. Coverdale haben übereinstimmend hervorgehoben, daß sich Mussolini außenpolitische Entscheidungen selbst vorbehielt. Die Höhe des militärischen Einsatzes der Italiener in Spanien dürfte sich primär aus dem Willen des Duce zu imperialistischer Herrschaft im Mittelmeer erklären; in Spanien erblickte er eine wirksame Instanz zur Unterstützung seiner expansionistischen Mittelmeerpolitik.<sup>23</sup> Die unmittelbare Verantwortung für das italienische Eingreifen lag - nach Coverdale - allein bei Mussolini, dessen Motive Prestigebedürfnis, militärische Ambitionen, Isolierung und Schwächung Frankreichs und der Traum von einem italienischen Mittelmeer waren. Letztlich waren wohl strategische Überlegungen entscheidend. Wirtschafts- und Finanzkreise sowie das Militär zeigten sich an den Vorgängen in Spanien weitgehend uninteressiert, die militärischen Erfahrungen des Spanienkrieges wurden später von den Italienern kaum ausgewertet. Ebenso wie im deutschen dürfte auch im italienischen Fall die antikommunistische Grundeinstellung eine Rolle gespielt haben; Alberto Aquarone hat überzeugend die Koinzidenz von öffentlicher faschistischer und vatikanischer Parteinahme für die Rebellen im Zeichen einer gemeinsamen antibolschewistischen Ideologie herausgearbeitet.<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Diese Haltung behielt Mussolini auch während des Zweiten Weltkriegs bei. Hierzu Javier Tusell / Genoveva García Queipo de Llano: Franco y Mussolini. La política española durante la segunda guerra mundial. Barcelona 1985.

<sup>24</sup> Alberto Aquarone: Der Spanische Bürgerkrieg und die öffentliche Meinung in Italien. In: Wolfgang Schieder/Christof Dipper (Hg.): Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939). 13 Aufsätze, München 1976, S. 191-221. Zu im wesentlichen ähnlichen Ergebnissen gelangt Robert H. Whealey: Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936-1939, Lexington 1989, passim.

Verlauf und Ausgang des Bürgerkrieges konnten nicht ohne Rückwirkungen auf die Stellung Großbritanniens im Mittelmeerraum bleiben. Die Briten waren an einem Fortbestehen des Gleichgewichtszustandes in dieser Region interessiert und beobachteten vor allem die italienischen Aktivitäten äußerst skeptisch, sahen sich aber wegen ihrer militärischen Schwäche, wegen der zunehmenden Probleme mit ihrem Empire (nationalistische Bewegungen) und der relativen Einflußeinbuße im europäischen Rahmen zu weitgehender Inaktivität gezwungen; ihre eigenen internen und Weltreichprobleme erklären zu einem Gutteil die Appeasementpolitik in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Der Spanische Bürgerkrieg war ein weiterer destabilisierender Faktor in den Beziehungen der europäischen Großmächte, besonders im Mittelmeerraum; dort hing Englands Stellung - britischen Politikern zufolge - davon ab, daß Spanien schwach oder englandfreundlich eingestellt war. Eden und seine Berater im *Foreign Office* arbeiteten im Sinne der britischen Interessen darauf hin, daß der Krieg unbedingt auf Spanien beschränkt blieb, eine Ausweitung also verhindert wurde.

Von besonderer Bedeutung für die europäische "Nichteinmischung" und vor allem für die französische Politik war die Haltung Großbritanniens. Zu Beginn des Bürgerkrieges war die Meinung der konservativen britischen Regierung ziemlich eindeutig. Obwohl sie sich im August 1936 der Nichteinmischungspolitik anschloß, lagen ihre Sympathien auf seiten der Rebellen. Das britische Kabinett wurde zum damaligen Zeitpunkt in seiner Frankreich- und Spanienpolitik von der Befürchtung einer kommunistischen Ausbreitung beherrscht, waren doch in beiden Ländern Volksfrontregierungen an der Macht.

Die Ziele der englischen Politik im Spanischen Bürgerkrieg lassen sich somit klar umreißen: Es ging (1.) um die geographische Eingrenzung des Bürgerkrieges, d.h. um die Verhinderung seiner Ausdehnung zu einem allgemein-europäischen Krieg; (2.) um die Erhaltung der politischen und territorialen Integrität Spaniens; (3.) um die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten<sup>25</sup>. Diese Ziele ließen die britische Regierung von Anfang an entschieden eine Politik der

---

<sup>25</sup> Nach Wolfgang Schieder/Christof Dipper (Hg.): Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939). 13 Aufsätze, München 1976, S. 26-31. Zur Spanienpolitik Edens vgl. Anthony R. Peters: Anthony Eden at the Foreign Office 1931-1938. New York 1986, S. 220-272.

Nichtintervention und des *containment* befürworten, die letztlich auch von den Labour- und Gewerkschaftsführern mehrheitlich mitgetragen wurde, in der Linken insgesamt allerdings zu erregten Auseinandersetzungen führte und die schon traditionelle Spaltung in den Arbeiterorganisationen weiter vertiefte.

Im Vergleich zu europäischen Ländern haben die Vereinigten Staaten weit weniger historiographische Aufmerksamkeit erregt. Die älteren Studien von Allen Guttman, F. Jay Taylor und Richard Traina sind bis heute die einzigen Monographien zur US-Politik gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg; wegen ihrer auf Ideologieprobleme oder Diplomatiegeschichte fixierten Interpretation sind diese Darstellungen aber methodisch überholt; wirtschaftliche Aspekte werden allenfalls am Rande behandelt - obwohl die USA vor dem Bürgerkrieg mit 19,9% (1935) bzw. 17,9% (1936) den jeweils höchsten Marktanteil am spanischen Export (noch vor Großbritannien) einnahmen; die Führungsposition mußten sie allerdings 1937 bereits an das Deutsche Reich abtreten, 1938 wurden sie auch von Italien überrundet.

Von Anfang an praktizierten die USA, ohne je das Nichteinmischungsabkommen zu unterzeichnen, eine Politik der strikten Neutralität, die sich zuerst in einem "moralischen Embargo", seit Januar 1937 sodann ("Spanish Embargo Act") als staatlich dekretiertes Embargo niederschlug. Wiederholte Versuche - etwa des republikfreundlichen US-Botschafters in Madrid, Claude G. Bowers<sup>26</sup> -, eine Politik durchzusetzen, die die spanische Republik weniger benachteiligte, blieben erfolglos; dabei gehörte der spanische Bürgerkrieg zu den Ereignissen, die die US-Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema erregten. Die liberale öffentliche Meinung sprach sich mehrheitlich zugunsten der Republik, nur eine kleine Minderheit für die Nationalisten aus<sup>27</sup>. Trotz des Embargos betrieben die großen Konzerne, vor allem *General Motors* und *Texaco*, zuerst mit beiden kriegführenden Parteien in Spanien, später dann nahezu ausschließlich mit

---

<sup>26</sup> Vgl. dessen Bericht: Claude G. Bowers: My mission to Spain. Watching the rehearsal for World War II. New York 1954.

<sup>27</sup> Zur Haltung der US-Katholiken und der möglichen Rücksichtnahme der Washingtoner Administration auf diese Wählerschichten vgl. J. David Valaik: Catholics, Neutrality, and the Spanish Embargo, 1937-1939, in: *Journal of American History* 54, 1967, S. 73-85.

der franquistischen Seite lohnende Geschäfte<sup>28</sup>, nachdem die Lieferung von LKW und Treibstoff nicht unter die Embargo-Bestimmungen fiel.

Als Ende 1936 klar wurde, daß der Krieg in Spanien sich länger als erwartet hinziehen würde, mußte das (nie konsequent durchgehaltene) Prinzip des "moralischen Embargo" einer Revision unterworfen werden, da zahlreiche Waffenhändler sich nicht von angeblichen "(un-)patriotischen" Überlegungen, sondern von ihren Geschäftsinteressen leiten ließen und Waffen an die spanische Republik sandten. Die "profranquistischen Elemente" (Claude Bowers) im *State Department* konnten innerhalb kürzester Zeit den Beschluß durchsetzen, aus dem "moralischen" ein "legales" Embargo zu machen, das den Verkauf von Waffen und Kriegsgerät an die kämpfenden Parteien in Spanien unter Strafe stellte.

Im Vergleich zu den USA ist die Bibliographie zur französischen Haltung dem Spanischen Bürgerkrieg gegenüber sehr umfangreich. Frankreich befand sich 1936 in einer soziopolitischen Krise, die es der Regierung unmöglich machte, eine dynamische und kohärente Außenpolitik zu betreiben. Diese innere Schwäche bedingte größtenteils die französische Appeasementpolitik gegenüber den faschistischen Mächten in Europa. Außerdem wurde die französische Politik gegenüber Spanien von einer strategischen und einer ökonomischen Überlegung geleitet. Im strategischen Bereich hätte ein Sieg der republikanischen Kräfte in Spanien für die französische Bourgeoisie so etwas wie einen Sieg des Kommunismus bedeutet, was sich zweifellos negativ auf die französischen Interessen im Mittelmeer und in Afrika ausgewirkt hätte. Ein radikaler Orientierungswechsel in der spanischen Politik infolge eines republikanischen Sieges hätte der französischen Bourgeoisie - die ca. 60% aller ausländischen Investitionen in Spanien kontrollierte - nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Probleme bereitet<sup>29</sup>. Hinzu kamen

---

<sup>28</sup> Hierzu Robert H. Whealey: *Economic Influence of the Great Powers in the Spanish Civil War: From the Popular Front to the Second World War*, in: *The International History Review*, Bd. V, Nr. 2, 1983, S. 229-254; vgl. auch Whealeys älteren Beitrag: *How Franco Financed His War, Reconsidered*, in: *Journal of Contemporary History* XII, 1977, S. 133-152 sowie Charles E. Harvey: *Politics and Pyrites during the Spanish Civil War*, in: *Economic History Review* 31, 1978, S. 89-104.

<sup>29</sup> Zur Reaktion der französischen Bourgeoisie (unter Verwendung vor allem der Unternehmer- und Wirtschaftspresse und ihrer Interessenorganisationen, etwa der Französisch-Spanischen Handelskammer) vgl. José María Borrás Llop: *Francia ante la guerra civil española: Burguesía, interés nacional e interés de clase*, Madrid 1981. Eine

die internen Schwierigkeiten, die der spanische Krieg der französischen Volksfront bereitete. Denn auch wenn deren Basis überwiegend aus Arbeitern bestand, gaben doch die Radikalen, die einen Sektor der Kleinbourgeoisie repräsentierten, den Ausschlag in der Koalition<sup>30</sup>.

Nachdem in der französischen Volksfrontregierung keine Einigkeit über eine mögliche Hilfe an die spanische Regierung erzielt werden konnte, blieb Premier Léon Blum keine andere Wahl als die Politik der Nichteinmischung, wenn er die Volksfrontkoalition nicht gewaltsam sprengen wollte. Dem republikanischen Lager offen Unterstützung zukommen zu lassen, hätte bedeutet, daß ein breiter Sektor der französischen Mittelschichten sich von der Volksfront abgewandt hätte. Angesichts dieser wahlstrategischen und wirtschaftlichen Überlegungen bestand für Blum keine praktikable Alternative zur tatsächlich eingeschlagenen Politik der Nichteinmischung, wenn auch der französischen Regierung sehr bald klar wurde, daß ihre Haltung faktisch der franquistischen Seite zugute kam, da die für die Aufständischen bestimmten deutschen Sendungen den französisch-spanischen Zoll passieren konnten, während französische Lieferungen an die Republik aufgehalten wurden.

Die bisher diskutierten Haltungen Großbritanniens und Frankreichs sind für die westliche Nichteinmischungspolitik von besonderer Bedeutung. Umstritten ist bis heute vor allem die Genese dieser

---

knappe Analyse der Pressereaktionen bei J. Extramiana: *La opinión francesa frente a la guerra de España (1936-1939)*, in: *Estudios de Historia de España. Homenaje a Manuel Tuñón de Lara*. Bd. 2, Madrid 1981, S. 281-295.

<sup>30</sup> In den letzten Jahren sind mehrere Studien zur französischen Volksfront erschienen, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Während Julian Jackson: *The Popular Front in France: Defending Democracy, 1934-38*. New York 1988 in seinem kritischen Überblick für Léon Blums Position Verständnis aufbringt, geht Helmut Gruber: *Léon Blum, French Socialism, and the Popular Front. A Case of Internal Contradictions*. Ithaca N. Y. 1986 mit dem Sozialistenführer äußerst hart ins Gericht; er vertritt die These, die französische Volksfront sei keineswegs durch "objektive" äußere Faktoren zerstört worden, sondern an inneren Widersprüchen, vor allem der Sozialistischen Partei, zugrundegegangen. Vgl. von der neueren Literatur insbesondere Paul Preston/Helen Graham (Hg.): *The Popular Front in Europe*. London 1987 sowie (für Frankreich) L. Bodin/J. Touchard: *Front Populaire 1936: l'histoire par la presse*. Paris 1985; J. Kergoat: *La France du front populaire*. Paris 1986; für zahlreiche komparative Aspekte vgl. Martin S. Alexander/Helen Graham (Hg.): *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative Perspectives*, Cambridge 1989 und den Tagungsband *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (22. Linzer Konferenz 1986): Stand der Forschung zu den Volksfrontregierungen in Spanien, Frankreich und Chile in den 30er Jahren*. Wien 1987.

Nichteinmischungspolitik. In der älteren Historiographie war es allgemein üblich, auf den Druck hinzuweisen, den die Briten angeblich auf die französische Regierung bei der Formulierung der Nichteinmischungspolitik ausgeübt haben<sup>31</sup>. Im Gegensatz zu dieser Meinung läßt sich heute feststellen, daß für die französische Nichteinmischungspolitik vor allem - hierauf ist weiter oben bereits hingewiesen worden - innenpolitische Gründe ausschlaggebend waren; außenpolitischer Druck mag bei der französischen Entscheidung allenfalls von sekundärer Bedeutung gewesen sein; die außenpolitisch wichtigste Befürchtung Frankreichs bestand darin, daß Großbritannien im Falle einer Eskalation des Spanischen Bürgerkrieges einem sich nicht strikt neutral verhaltenden Frankreich jedwede Unterstützung versagen würde.

Das Nichteinmischungssystem war ein vollständiger Fehlschlag: Es gab kein kontrolliertes Waffenembargo, keine funktionierende See- und Landkontrolle, keine Vermittlung zwischen den Bürgerkriegsparteien, keinen Abzug "Freiwilliger". Die franquistische Seite zog den eigentlichen Nutzen aus der Existenz des Komitees, die Sowjetunion wurde isoliert. Auf eine Bemerkung des britischen Komiteevorsitzenden Plymouth, der darauf verwies, daß durch die Nichteinmischungspolitik ein europäischer Krieg verhindert worden sei, erwiderte der sowjetische Vertreter Ivan Maiskij korrekt: "Aus dem Nichteinmischungskomitee ist in der Praxis ein Deckmantel zur Tarnung einer gewaltigen Unterstützung Francos durch die faschistischen Mächte geworden. Diese Mächte haben gemerkt, daß sie bei ihren aggressiven Plänen von seiten Englands, Frankreichs und der USA kein ernstes Entgegenwirken - nicht in Worten, sondern durch Taten - zu befürchten haben. Derartige Erfahrungen könnten, so fürchte ich, Hitler und Mussolini in der

Überzeugung bestärken, daß jegliche, auch die ungeheuerlichsten Diversionen in der Welt völlig ungestraft bleiben. Und wenn es so ist, dann ist auch die Gefahr des europäischen, möglicherweise auch eines Zweiten Weltkriegs größer geworden."<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> David Carlton: Eden, Blum and the Origins of Non-Intervention, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 6, Nr. 3, 1971, S. 40-55 (wieder abgedruckt bei Schieder/Dipper 1976, S. 290-305). Zum folgenden Jill Edwards: *The British Government and the Spanish Civil War, 1936-1939*, London 1979, S. 15.

<sup>32</sup> Ivan M. Maiskij: *Memoiren eines sowjetischen Botschafters*. Berlin 1973, S. 356.

Ist die Forschung über die Rolle der Achsen- bzw. der Westmächte im Spanischen Bürgerkrieg in den letzten Jahren deutlich vorangekommen, so ist die Forschungslage zur sowjetischen Spanienpolitik nach wie vor unbefriedigend, da die Archive der früheren UdSSR den Historikern bisher nur teilweise geöffnet sind. Über die Motive und Absichten Stalins in Zusammenhang mit seiner Spanienpolitik weiß man bisher wenig mehr als das, was schon in der Phase des Kalten Krieges mehr in akkusatorischer als in analytischer Intention verbreitet und durch die Schriften zahlreicher kommunistischer "Renegaten" erhärtet wurde<sup>33</sup>. Bis in die 50er Jahre hinein wurde in kommunistischen Darstellungen der militärische Anteil der UdSSR geleugnet und die diplomatischen und humanitären Initiativen der Sowjetunion hervorgehoben; seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 erfolgte dann eine Änderung in der Betrachtungsweise: Sowjetische Offiziere und Diplomaten wurden postum rehabilitiert, wenn sie als ehemalige Spanienkämpfer den Stalin-Säuberungen zum Opfer gefallen waren, und die Überlebenden durften ihre Erinnerungen an Spanien publizieren. Nunmehr stand die militärische Unterstützung der spanischen Republik durch die Sowjetunion im Mittelpunkt der Darstellungen. Auch in anderen sozialistischen Ländern veröffentlichten Bürgerkriegsveteranen ihre Memoiren. Danach galt der Bürgerkrieg in den sozialistischen Ländern als Beweis für die Wirksamkeit internationaler proletarischer Solidarität<sup>34</sup>.

---

<sup>33</sup> Lange Zeit waren die einzigen Darstellungen zur sowjetischen Politik gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg die beiden Bände von David T. Cattell, *Communism and the Spanish Civil War*. Berkeley/Los Angeles 1955 und ders., *Soviet Diplomacy and the Spanish Civil War*. Berkeley/Los Angeles 1957. Zu einem Standardwerk für die antirevolutionäre Haltung der Sowjetunion wurden später die verschiedenen Auflagen und Ausgaben des Buches von Burnett Bolloten, *The Spanish Revolution. The Left and the Struggle for Power during the Civil War*. Chapel Hill 1979. Eine besonders kritische Interpretation der russischen Politik enthält auch Stanley G. Payne: *The Spanish Revolution*. New York 1970.

<sup>34</sup> Die in der Sowjetunion nach wie vor gültige Interpretation des Bürgerkrieges ist dessen Darstellung in der 3. Auflage (1972) der Großen Sowjetenzyklopädie, die wiederum die Kominterndeutung des "bürgerlich-demokratischen" Charakters der spanischen Revolution aufgreift, womit zugleich die gemäßigte Haltung der Kommunistischen Partei Spaniens im Krieg gerechtfertigt wird. Von dem in der Enzyklopädie vorgegebenen Grunddeutungsmuster weichen auch die Darstellungen der beiden bekanntesten sowjetischen Bürgerkriegsspezialisten, Marklen Meshcheryakov und Svetlana Pozharskaya, nicht ab. Während aber Meshcheryakov in seinem Werk über den Bürgerkrieg und die Komintern thematisch und interpretativ eine rein "orthodoxe" Linie vertritt - die Kommunistische Partei als Sprachrohr der "Massen", Angriffe gegen den "Extremismus" der Anarchisten, Hervorhebung der Rolle der Sowjetunion als Beispiel für proletarischen Internationalismus etc. -, ist Pozharskaya bemüht, die

Der genaue Umfang der sowjetischen Militärhilfe für die Republik ist nicht bekannt. Die neuere Forschung läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß es sich bei der russischen Hilfe um eine für die Republik entscheidend wichtige Unterstützung handelte. "Nach eigenen Schätzungen umfaßten die Lieferungen mindestens 300.000 Gewehre, fast 10.500 Maschinengewehre, 5.150 leichte Maschinengewehre, ca. 900 Geschütze mit 3 Millionen Granaten, 400 Panzerwagen, 40 gepanzerte Fahrzeuge, etwas mehr als 400 Flugzeuge, 786 Millionen Schuß Munitioin, zehn Kanonen, 55 Bordkanonen und vier Torpedoboote samt Munitioin und zahlreiche weitere Ausrüstungsgegenstände. Hinzu kamen in großem Ausmaß Nicht-Kriegsgüter wie Lebensmittel, Treibstoff, Kohle, Dünger, Baumwolle, Lastwagen oder Zigaretten."<sup>35</sup> Außerdem waren bis zu 2.000 russische Piloten, Techniker und Offiziere der Geheimpolizei im Einsatz.<sup>36</sup>

Immer wieder ist - sowohl von kommunistischen "Renegaten" als auch von Gegnern der Kommunisten - der Vorwurf erhoben worden, die Sowjetunion habe vor allem alte Waffen nach Spanien geschickt, mit denen die Republik den Krieg nicht gewinnen konnte<sup>37</sup>. Dieses Argument dürfte kaum haltbar

---

Politik der Kommunistischen Partei zu erklären und sie in den allgemeinen Kontext des Bürgerkrieges einzuordnen. Auch ihre Analyse der spanischen Rechten ist weit differenzierter und sozialgeschichtlich zutreffender als die Bürgerkriegsinterpretation in sowjetischen Werken, die dem ideologischen Interpretationsrahmen der 30er Jahre verhaftet sind. Damit deuteten sich in den letzten Jahren der UdSSR gewisse Veränderungen in der sowjetischen Bürgerkriegshistoriographie an, wenn auch die zentralen Fragen nach der Zielsetzung sowjetischer Politik in Spanien nach wie vor ausgeklammert blieben. Hierzu J. M. Hartley: *Recent Soviet Publications on the Spanish Civil War*, in: *European History Quarterly* 18, 1988, S. 243-248. Es ist auffällig, daß in dem historiographischen Überblick von Svetlana Pozharskaya: *La historiografía soviética sobre la guerra civil en España*, in: Julio Aróstegui (Hg.), *Historia y Memoria de la Guerra Civil. Encuentro en Castilla y León*. 3 Bde., Valladolid 1988, hier Bd. 1, S. 57-69 die sowjetische Spanienpolitik während des Bürgerkrieges nahezu ausgeblendet oder auf wenige Allgemeinheiten reduziert bleibt; fast der ganze Überblick beschäftigt sich mit innenpolitischen Fragen Spaniens oder ideologischen Aspekten.

<sup>35</sup> Viñas, in Manuel Tuñón de Lara u.a., *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main 1987, S. 257 f.

<sup>36</sup> Unter Rückgriff auf A. A. Vetrov veröffentlichte Maciej Techniczek: *Die deutsche antifaschistische Opposition und der Spanische Bürgerkrieg*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Bd. 3, 1974 ausführliches Zahlenmaterial. Vgl. auch Donald C. Watt: *Soviet Military Aid to the Spanish Republic in the Civil War 1936-1938*, in: *The Slavonic and East European Review*, Bd. 38, 1959/60, S. 536-541 (wieder abgedruckt bei Wolfgang Schieder/Christof Dipper (Hg.): *Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939)*. 13 Aufsätze, München 1976, S. 249-255).

<sup>37</sup> Vgl. etwa die Memoiren und Erlebnisberichte von Jesús Hernández, Enrique Delgado, Walter Krivitsky, Alexander Orlov, Gustav Regler, Valentín González "El Campesino" und vieler anderer.

sein, denn obwohl zweifellos auch antiquiertes Material in Spanien zum Einsatz kam, lieferte die UdSSR darüber hinaus modernste Kampfpanzer und Jagdflugzeuge ("Supermoscas"). Allerdings wurde ein Großteil des sowjetischen Geräts bei weitem nicht so wirkungsvoll wie das der Gegenseite gelieferte eingesetzt, was vor allem auf die zaghaften Defensivtaktiken zurückzuführen war, die auch von den sowjetischen Militärberatern durchgesetzt wurden.

Bis heute sind sich Historiker - aus Mangel an einschlägigem Quellenmaterial - über die Zielsetzung sowjetischer Politik in Spanien nicht einig. In einem allgemeineren Sinne ging es der sowjetischen Außenpolitik der 30er Jahre darum, die innenpolitische Entwicklung, d.h. den "Aufbau des Sozialismus in einem Lande", gegen jegliche Störung von außen abzusichern. Diese Aufgabe der offiziellen Außenpolitik der Sowjetregierung fand ihre Ergänzung in der über die Komintern zu verwirklichenden Pflicht der ausländischen Kommunisten, die Sicherung des Kommunismus in der Sowjetunion von außen her zu unterstützen. Hauptziel sowjetischer Außenpolitik der 30er Jahre mußte ein friedliches Arrangement mit den bürgerlich-kapitalistischen und faschistischen Systemen sein. Der auf Defensive angelegte Kurs war insofern "offen", als die ihm zugrundeliegenden Motive nicht prinzipiell ein Bündnissystem mit den demokratischen gegen die faschistischen Staaten

nahelegten; die auf Frankreich, England und die USA zielende Absicht eines Verbundes kollektiver Sicherheit war vielmehr Resultat der Bündnisunwilligkeit und Aggressivität Hitlerdeutschlands wie der Bedrohung durch Japan.

Um jeden revolutionären Anschein zu verhindern, unterstützte die UdSSR die spanische Republik vorerst nicht. Die östliche und westliche Forschung stimmen heute darin überein, daß Stalins ursprüngliches Interesse an Spanien nicht offensiv-strategischer Art war. Andererseits aber entsprang es sicherlich nicht einer altruistischen Gesinnung, sondern dem sowjetischen Bedürfnis nach Sicherheit. In Übereinstimmung mit diesen Bestrebungen schloß sich Stalin in den ersten Monaten des Bürgerkrieges auf das engste der französischen Politik an. Ohne Vorbehalt trat er am 23. August 1936

dem Nichteinmischungsabkommen bei und befolgte auch sonst gegenüber Spanien zunächst eine Politik strikter Neutralität<sup>38</sup>.

Mit der zunehmenden Eskalation der Waffenlieferungen der faschistischen Staaten und der Beibehaltung der unentschlossenen Neutralitätspolitik der Westmächte spitzte sich der Zwang, eine endgültige Entscheidung in dieser Lage zu treffen, für die Sowjetunion zu. Sie mußte daran interessiert sein, auf der Basis bi- und multilateraler Sicherheitssysteme gegen die faschistischen Staaten einen Sieg Hilters und Mussolinis in Spanien zu verhindern. Dieses Ziel konnte aber nicht erreicht werden, wenn die Sowjetunion weiterhin eine Politik der strikten Nichteinmischung betrieb, während die faschistischen Mächte Franco massiv unterstützten. Angesichts dieses Entscheidungszwanges vollzog die Sowjetunion Anfang Oktober 1936 einen radikalen Wandel in ihrer Politik gegenüber Spanien. In einem Ultimatum drohte sie im Londoner Nichteinmischungsausschuß damit, sich von den Verpflichtungen des Nichteinmischungsabkommens loszusagen, falls andere Staaten nicht damit aufhörten, die Rebellen zu unterstützen. Dieser Schritt war das sichtbare Zeichen für einen fundamentalen sowjetischen Sinneswandel und zugleich Beginn der Krise im Verhältnis der Sowjetunion zu den westlichen Demokratien. Denn von Oktober 1936 bis März 1938, zum Teil auch darüber hinaus, leistete die UdSSR der spanischen Republik Militärhilfe und verfolgte außenpolitische Ziele, die denen Englands und Frankreichs entgegenstanden. Aus der allgemeinen Orientierung der sowjetischen Außenpolitik jener Jahre läßt sich schließen, daß Stalin durch die Unterstützung der spanischen Republik auch Großbritannien und Frankreich zu Hilfeleistungen an die Republik ermuntern und somit eine Koalition zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion gegen die faschistischen Staaten erreichen wollte. Der Spanische Bürgerkrieg sollte ihm somit das lange ersehnte militärpolitische Bündnis mit den westlichen Demokratien bringen und damit deren Zusammengehen mit den faschistischen Staaten ausschließen.

---

<sup>38</sup> Die Zusammenfassung dieser Argumente zum Teil nach Wolfgang Schieder/Christof Dipper (Hg.): Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939). 13 Aufsätze, München 1976, S. 20-26.

Die militärische Intervention der Sowjetunion entpuppte sich als politische Fehlkalkulation, da die Interessen Englands und Frankreichs völlig anders gelagert waren. Da Stalin die Republik dennoch weiter unterstützte, nachdem er bereits bemerkt hatte, daß seine bündnispolitische Rechnung nicht aufgehen würde, müssen sich seine Kriegsziele im Laufe des Krieges gewandelt haben. Zum einen ist hier zu erwähnen, daß Spanien, zu dem vor 1936 so gut wie überhaupt keine Handelsbeziehungen bestanden hatten, zu einem der besten Kunden der Sowjetunion aufstieg. Zum zweiten mag Spanien für die Sowjetunion auch eine gewisse Bedeutung als militärisches Versuchsfeld gehabt haben; der Aufstieg zahlreicher russischer Spanienkämpfer in der militärischen Hierarchie der Roten Armee während des Zweiten Weltkriegs spricht dafür. Und zum dritten könnte Stalin im Zuge der Ausweitung des spanischen Konflikts erkannt haben, daß Hitler sich hier zeitweise von seinen östlichen Expansionsplänen ablenken ließ. Von enttäuschten republikanischen Spanienkämpfern ist sogar wiederholt die Behauptung verbreitet worden, daß die Sowjetunion gar nicht an einem Sieg der Republik interessiert gewesen sei, sondern die Republik absichtlich nur gerade so weit unterstützt habe, daß sie Widerstand leisten und den Krieg in die Länge ziehen, aber nicht siegen konnte. Unklar ist auch bis heute, weshalb Stalin 1938 seine Unterstützung so gut wie einstellte<sup>39</sup>.

Bei aller in der Literatur immer wieder aufscheinenden Kritik an der Sowjetunion bleibt festzuhalten, daß ihre Unterstützung das republikanische Spanien im Herbst 1936 vor dem Zusammenbruch rettete und eine Fortführung des Krieges ermöglichte. Das von den Russen bis August 1937 gelieferte Kriegsmaterial belief sich auf 132 Millionen Dollar. Allerdings war die republikanische Versorgung durch die Sowjetunion bei weitem nicht so kontinuierlich wie die franquistische durch die Achsenmächte, was sich auf die militärische Planung und die taktischen Möglichkeiten der Republik negativ auswirkte. Eine Wirkung der sowjetischen Hilfe steht jedoch außer Zweifel: Innenpolitisch konnte die UdSSR über die Kommunistische Partei Spaniens ihren Einfluß auf den republikanischen Staatsapparat und viele wichtigen Entscheidungen

---

<sup>39</sup> Diese Frage läßt auch der neueste Aufsatz zur sowjetischen Spanienpolitik unbeantwortet: Denis Smyth: 'We are with you': Solidarity and Self-interest in Soviet policy towards Republican Spain, 1936-1939, in: Patrick J. Corish (Hg.): Radicals, Rebels & Establishments. Belfast 1985, S. 223-237.

erheblich ausdehnen und die soziopolitische Entwicklung bis zu einem gewissen Grad kontrollieren.

Am deutlichsten ließ sich der sowjetische Einfluß in der republikanischen Armee und in den ihr angeschlossenen, später integrierten Internationalen Brigaden spüren. Die Untersuchung dieser Freiwilligenformationen setzte erst relativ spät ein: in den sozialistischen Staaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), als die militärische Unterstützung der Republik durch die Sowjetunion nicht mehr geleugnet, vielmehr betont wurde, in den westlichen Ländern zum Teil noch später. Lange Zeit waren unter den Autoren ehemalige Interbrigadisten vorherrschend, was dazu führte, daß ein Großteil der Literatur eher Memoiren- oder Erlebnischarakter hat. Inzwischen hat die Bibliographie zu diesem Thema aber derart zugenommen, daß ein Großteil der früher von Legenden umgebenen Fragen beantwortet werden kann<sup>40</sup>. Hierzu gehören die Gründung und Aufstellung der Brigaden, ihr Umfang, ihre Zusammensetzung und ihr Einsatz.

Über den zahlenmäßigen Umfang der Brigaden ist in der Literatur viel gestritten worden. Franquistische Autoren neigten dazu, die Zahlen stark zu überhöhen und von über 100.000 Brigadisten zu sprechen, während Kommunisten die Zahlenangaben auf ein unwahrscheinliches Minimum von 15.000 reduzierten. Ein Hauptproblem bei der Quantifizierung der Brigadenstärke besteht darin, daß die Einheiten einer starken Fluktuation unterlagen und selbst die maximale Ist-Stärke zu einem bestimmten Zeitpunkt deutlich unterhalb der Gesamtzahl aller Brigadisten gelegen hat. Heutige Schätzungen gehen davon aus, daß an die 59.000 Interbrigadisten in Spanien gekämpft haben.

Was den militärischen Einsatz der Brigaden betrifft, so ist vor allem auf ihren Beitrag zur Verteidigung von Madrid im November und Dezember 1936 zu verweisen; später folgten weitere Einsätze in Zentralspanien; ab Sommer 1937 kämpften sie größtenteils in Aragón und an nahezu allen Fronten des Spanienkrieges. Im Herbst 1938 wurden die Brigaden - einem Beschluß der

---

<sup>40</sup> Vgl. den Überblick von Klaus-Jörg Ruhl: Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 17, 1, 1975, S. 212-224 und den Beitrag von Patrik von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1983, S. 178-246. Das umfangreichste Werk zu den Brigaden ist die Studie von Andreu Castells, Las Brigadas internacionales de la guerra de España, Barcelona 1974.

republikanischen Regierung folgend, die auf diese Weise den Krieg stärker "nationalisieren" wollte - in katalanischen Demobilisierungslagern zusammengezogen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Ungefähr 2.000 Antifaschisten, die aus politischen Gründen nicht zurückkehren konnten (etwa Deutsche und Italiener), blieben in Spanien und wurden in den letzten, verlustreichen Gefechten zur Verteidigung Kataloniens abermals eingesetzt. Nach ihrer Flucht nach Frankreich erwartete sie dort nicht die Freiheit, sondern die Einweisung in Internierungslager; das Vichy-Regime übergab viele von ihnen später der Gestapo.

In Anbetracht des hohen Ideologierungsgrades, der gerade die Internationalen Brigaden nach wie vor umgibt, ist zwar auf dem Gebiet der Tatsachenermittlung mittlerweile eine Annäherung festzustellen; die Interpretationen dürften aber auch in Zukunft weit auseinandergehen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß viele Kommunisten sich später enttäuscht von ihrer Ideologie der 30er Jahre abgewandt haben und sich für die Interessen des Stalinismus instrumentalisiert fühlten. Die Interpretationsbreite ist auch auf die höchst unterschiedliche Behandlung zurückzuführen, die Interbrigadisten nach 1939 in ihren Heimatländern und in der Öffentlichkeit erfahren haben. Das deutsche Beispiel ist besonders eklatant: Während in der DDR ehemalige Spanienkämpfer gefeiert und ausgezeichnet wurden, hohe Ämter in Staat und Partei bekleideten und - soweit sie linientreu kommunistisch waren - im Zuge revolutionärer Traditionspflege glorifiziert wurden, wurden die Interbrigadisten in der Bundesrepublik als Rotspanien- und Rotfrontkämpfer diffamiert; sie erfuhren, im Vergleich mit den Legion-Condor-Angehörigen, eine skandalöse Ungleichbehandlung (etwa bei der Berechnung der Höhe der Altersversorgung) und waren bis in die jüngste Vergangenheit vielfachen Formen politischer Instinktlosigkeit ausgesetzt.